Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Herausgeber und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 84 — Erscheint wöchentlich 6 mal! — Bezugspreis freibleibend

Halver Dienstag, den 8. April 1924

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto.

24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Österreich werden nächster Tage in Wien beginnen.

* Am Dienstag sollen die Verhandlungen über die Micumverträge zwischen Ruhrindustrie und Frankreich in Düsseldorf beginnen. Die Aussichten einer Verständigung sind gering.

* Die Vorabstimmung zum Antrag einer Volksabstimmung in Hannover über die Frage, ob Hannover bei Preußen bleiben oder selbständig werden soll, findet am 18. Mai statt.

* In der französischen Kammer wurde der Pensionsgesetzentwurf für Beamte und Angestellte, dagegen mit Ausschluß der Arbeiter, mit 327 gegen 201 Stimmen angenommen.

* In Warschau fanden starke antideutsche Kundgebungen auf den Straßen statt. Die Polizei blieb ziemlich teilnahmslos.

Die Drohungen beginnen.

Wir stehen unmittelbar vor der Veröffentlichung des Berichts der Sachverständigenausschüsse. Was bisher über diesen Bericht durchgesickert ist, genügt schon, um uns Deutsche nicht in allzu große Hoffnungsfreudigkeit zu versetzen. Noch gibt es freilich für uns Einwirkungsmöglichkeiten; denn dieser Bericht ist ja nicht der endgültige Entscheid. Er geht an die Reparationskommission zu Händen des Herrn Barthou und wird von ihr, begleitet von der eigenen Stellungnahme, dann den alliierten Mächten übermittelt, d. h. der Botschafter- oder einer anderen Konferenz, die angeblich zwecks endgültigen Entscheids etwa Mitte Mai zusammenberufen werden soll.

Aber es wird schon mobilgemacht gegen Deutschland, falls wir etwa „Schwierigkeiten" machen sollten, um im Poincaré-Stil zu reden. Der eine droht verhüllter, wie Professor Flora, das italienische Mitglied der Ersten Sachverständigenkommission; — die Franzosen drohen ganz unverhüllt. In die Besatzungstruppen am Ruhr und Rhein ist plötzlich eine demonstrative Beweglichkeit hineingekommen. Die Besatzungszone selbst ist im Stadtgebiet Elberfeld einfach ausgedehnt worden, und Herr Tirard, der Vorsitzende der Rheinlandkommission, entwickelt noch demonstrativer plötzlich eine starke Aktivität gegen alles, was im besetzten Gebiet sich in nationalem Geiste betätigt. Strafandrohungen, 240 Haussuchungen, 61 Verhaftungen und alle anderen seit fünf Jahren bekannten Maßnahmen — natürlich nur „zur Sicherheit der Besatzungstruppen"! — werden veranstaltet und finden Unterstützung bei dem englischen und italienischen Mitglied der Kommission. Der Engländer hat früher gegen derartiges protestiert; jetzt unterläßt er diesen papierenen Protest. Was manche Kreise in Deutschland wieder einmal enttäuschen wird. Dafür „protestiert" aber Poincaré gegen die „nationalistische" Rede, die Außenminister Dr. Stresemann vor acht Tagen in Hannover gehalten habe. Wir haben eben „stumme Hunde" zu sein! All das sind Drohungen gegen Deutschland und sollen es sein, sollen von vornherein jeden deutschen Widerspruch gegen die endgültige Entscheidung über uns im Keime ersticken.

Trotzdem muß man sich dagegen wenden, daß man uns großartig ein „Moratorium" verheißt, aber uns zwingen will, während dieses Moratoriums die Sachlieferungen von Reichs wegen wieder aufzunehmen. Die Lage ist bekanntlich zurzeit die, daß das Reich sich finanziell für gänzlich außerstande erklärt hat, Sachlieferungen zu leisten, ja auch nur die Besatzungskosten zu zahlen. Ein Blick auf den Reichsetat beweist die Selbstverständlichkeit dieser Weigerung. Daher liegt die finanzielle Gesamtlast der Sachlieferungen, wie sie die Micumverträge festgesetzt haben, auf den Schultern der Industrie des besetzten Gebietes; als eine untragbare Last. Alle, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, jetzt wieder der Reichskohlenrat und der Reichskohlenverband haben diese Untragbarkeit zum hunderstenmal festgestellt. Eine 40prozentige Belastung der Rhein-Ruhrproduktion durch diese „Verträge" schlägt aber ganz selbstverständlich jede Absatzmöglichkeit tot. Poincaré antwortete mit seinen oben angedeuteten demonstrativen Drohungen auch hierauf: Besetzung der Werke ist noch das mindeste, was uns Herr Le Trocquer, der französische Wirtschaftsminister, verhieß, wenn wir bis zum 15. April die neuen Micumverträge nicht einfach nach französischem Diktat akzeptieren. Und diese „Verhandlungen" beginnen am 8. April.

Da hat nun das Reich eingegriffen. Unser Pariser Botschafter Hoesch ging zu Poincaré, um angeblich mit ihm über eine Zwischenlösung — nämlich vom 15. April bis zur endgültigen Regelung des Reparationsproblems durch die Ententekonferenz auf Grund der Sachverständigenberichte — zu verhandeln. Damit wäre unsere Regierung von ihrem bisherigen Standpunkt abgegangen; denn eine derartige „Zwischenlösung" begreift natürlich die grundsätzliche Zustimmung und damit die finanzielle Reichsgarantierung von Sachlieferungen — sei es nun in der Ausdehnung, wie sie die bisherigen Micumverträge festsetzten, oder im engeren Ausmaß — selbstverständlich ohne weiteres in sich. Damit würden wir jetzt schon den Weg von uns aus beschreiten, den die Entente uns durch die geplante Auferlegung von Sachleistungen trotz des „Moratoriums" vorschreiben will. Nicht zuletzt würde übrigens auch durch die jetzige deutsche Regierung die Politik einer etwaigen neuen Regierung nach den Reichstagswahlen von vornherein vor vollendete Tatsachen gestellt.

Über das Ergebnis der Verhandlungen Poincaré-Hoesch ist übrigens von keiner Seite offiziell noch offiziös berichtet worden. Aber man hört zuverlässig, daß der französische Ministerpräsident sich jedem Vermittlungsvorschlage gegenüber absolut ablehnend verhalten und erklärt hat, daß die Nichterneuerung der Lieferungsverträge in dem von der Ingenieurkommission geforderten Umfange zu Zwangsmaßnahmen gegen die deutschen Industriellen führen werde. Damit erledigen sich wohl alle Schlußfolgerungen, denn was Poincaré im Grunde genommen will, weiß man lange.

„Erst Brot, dann Reparationen!" hat einmal der Reichskanzler Dr. Wirth gesagt. Vorläufig ist aber außerordentlich unsicher, ob wir das Brot, das wir uns mühsam genug schufen, auch behalten werden. Denn Poincaré streckt ja schon wieder fäbelrasselnd die Hand danach aus, es uns zu entreißen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Keine Gefährdung der Rentenmark.

Der Verwaltungsrat der Rentenbank hat eine Sitzung abgehalten, an der auch Vertreter der Reichsregierung teilgenommen haben. Es handelte sich besonders darum, ob die Sicherung der Rentenmark etwaigen Unterhöhlungsversuchen gegenüber stark genug sei. Auf Anfrage erklärte der Vorsitzende des Reichs-Landbundes und des Verwaltungsrates der Rentenbank: Die Möglichkeit einer Erschütterung der Rentenmark vom Auslande bestehe nicht. Die einzige Befürchtung, die man vielleicht hegen könnte, läge in der etwaigen Hergabe zu großer Kredite, doch auch in dieser Beziehung sei die weitestgehende Vorsorge getroffen. Die Rentenmark wird stabil bleiben!

Gewerkschaften und 1. Mai.

Ein Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes wendet sich mit einer Aufforderung an die Arbeiter und Angestellten, den 1. Mai in diesem Jahre als Demonstration für die Wiederherstellung des Achtstundentages „zu einer besonders ausdrucksvollen Kundgebung zu gestalten". Die Arbeit soll überall dort ruhen, „wo es ohne Schädigung der Arbeitnehmerschaft möglich ist".

Der 6. Parteitag der Demokraten

in Weimar wurde durch einen Begrüßungsabend eingeleitet. Parteivorsitzender Erkelenz gab einen Überblick über die seit der Nationalversammlung von der Partei geleistete politische Arbeit und erklärt zum Schluß, der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Weimar solle zu einem Bekenntnis zum Vaterland, zur Republik und zur Demokratie werden. Senator Dr. Stubmann-Hamburg gedachte der Verdienste des bisherigen ersten Vorsitzenden, Bürgermeisters Dr. Petersen. Nebenher hielt der demokratische Reichsfrauentag seine Beratungen ab.

Aus In- und Ausland.

Berlin. General v. Oven, der ehemalige Gouverneur von Metz, ist dieser Tage vom französischen Militärgericht wegen Kriegsverbrechen in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden.

Bremen. Die letzte Bürgerschaftssitzung mußte wegen großen Lärms, den die Kommunisten veranstalteten, vorzeitig abgebrochen werden.

Newyork. Die Staatsregierung gibt bekannt, daß in Paris ein Vertrag unterzeichnet wurde, der den Vereinigten Staaten in Syrien die gleichen Rechte zugebilligt hat, die Frankreich genießt.

Allahabad (Indien). Die Russen haben sich die Kontrolle über das Khanat Chiwa und das Emirat Buchara gesichert. Beide werden Sowjetrepubliken und sind durch Verträge mit Rußland verbunden. Turkestan wird autonome Sowjetrepublik.

Lohnforderungen der Eisenbahner.

Ablehnung durch die Regierung.

Das Reichskabinett hat sich in längerer Beratung mit dem vorläufigen Verhandlungsergebnis der Lohnregelung bei der Reichsbahn befaßt. Der beabsichtigten Lohnerhöhung konnte aus währungspolitischen und allgemein wirtschaftlichen Gründen nicht zugestimmt werden. Auf Grund eines neuen Vermittlungsvorschlages, der den Wünschen der Arbeiter, soweit es die Rücksicht auf die allgemeine Lage irgend gestattet, entgegenkommt, sollen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften fortgesetzt werden.

Die beabsichtigten Lohnerhöhungen sollten 15 % betragen und waren in einer Unterredung der Spitzenverbände mit dem Reichsverkehrsminister von diesem in Aussicht gestellt worden, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskabinetts. Fast alle Eisenbahnverbände haben außerordentliche Tagungen einberufen, und die Lage ist nach Darstellung der Gewerkschaften kritisch. Eine Ausbreitung der bisherigen Teilausstände ist überall zu konstatieren. Die Eisenbahndirektionen haben mehrfach Technische Nothilfe angefordert, um den Güterverkehr soweit es überhaupt möglich ist, aufrechterhalten zu können. Die Gewerkschaften haben der Regierung gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß man sich mit geringeren Löhnen zufrieden geben würde, wenn es den zuständigen Stellen gelänge, zu verhindern, daß der Handel nicht fernerhin Gewinnspannen berechnet, die nicht als notwendig und berechtigt anerkannt werden können.

Entwicklung der Reichsbahn.

Günstige Wirkung der Tarife.

Reichsverkehrsminister Oeser führte in einer Rede aus, eine Rückfrage über die Wirkung der Tariferhöhung vom 1. März 1924 habe ergeben, daß fast überall eine Verkehrszunahme festgestellt wurde. Eine Abwanderung von der 3. in die 4. Klasse ist nur in geringem Umfange bemerkt worden. Dagegen ist eine Aufwanderung von der 4. in die 3. Klasse und eine Aufwanderung von der 3. in die 2. Klasse mit Ausnahme von Berlin bei allen Direktionen festgestellt worden.

Die Zeitkarten wurden im Februar auf eine normale Höhe gebracht. Bei der letzten Erhöhung der Personentarife fand eine weitere Preisheraufsetzung nicht statt. Es werden Ferienzüge in diesem Sommer in erhöhtem Maße gefahren, die Siedlungen berücksichtigt und die sozialen Rücksichten nicht außer acht gelassen werden. Gegen den einzuführenden Lichtbildzwang bei den Zeitkarten sind sehr lebhafte Bedenken geltend gemacht worden. Der Minister betont, daß in Sachsen nach Einführung des Lichtbildzwanges im Januar gegenüber dem Dezember 30 % Zeitkarten mehr bestellt worden sind, und der Kauf von Einzelfahrkarten ebenfalls zugenommen hat. In Breslau wurden monatlich 60 % mehr Karten verkauft als im Monat vorher, in dem der Lichtbildzwang nicht bestand. Nach diesen Erfahrungen brauche kein Wort mehr über die Notwendigkeit des Lichtbildzwanges verloren zu werden.

Regierungskrise in Württemberg.

Staatspräsident und Minister zurückgetreten.

Stuttgart, 5. April.

Im Landtage erklärte die württembergische Regierung ihren Rücktritt, da ein vom Zentrum eingebrachter Antrag, die Entscheidung über den Abbau der Oberämter erst nach den Wahlen zu treffen, von der Rechten unterstützt und mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Darauf erklärten Staatspräsident Hieber und die Minister ihren Rücktritt. Dienstag, 8. April soll die Neuwahl des Staatspräsidenten stattfinden.

Schon längere Zeit war die abgelehnte Vorlage Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen. Die Regierung wollte eine starke Vereinfachung der Staatsverwaltung mit Beamtenabbau durchführen. Die Oberämter entsprechen etwa den Landratsämtern in Preußen. Sie sollten vermindert werden. Die bisherige Regierung war aus Demokraten und Zentrum gebildet und scheiterte an dem Antrag einer Koalitionspartei gegen die geplanten Maßnahmen.

11 Millionen Deutsche unter Fremdherrschaft.

120 000 Ausgewiesene.

Über den Umfang des besetzten Gebietes und über die Zahl der unterdrückten Deutschen, die infolge des Versailler Vertrages und der Ruhrpolitik Poincarés unter der französisch-belgischen Fremdherrschaft schmachten, herrscht noch immer nicht völlige Klarheit.

Nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 zählt das nach dem Friedensvertrag besetzte Gebiet rund sechs Millionen, das neu besetzte Gebiet (Ruhrgebiet, Düsseldorf, Duisburg) rund vier Millionen und das Saargebiet rund 700 000 Einwohner. Insgesamt befinden sich also rund elf Millionen Deutsche unter Fremdherrschaft. Bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 62 Millionen ist das mehr als der sechste Teil der deutschen Bevölkerung.

Die Zahl der Ausgewiesenen beträgt rund 40 000 Haushaltsvorstände und 80 000 Familienangehörige, insgesamt also 120 000 Personen. Zurückgekehrt sind hiervon etwa 3000 Haushaltsvorstände mit 6000 Familienangehörigen. Mehr als 110 000 Personen warten also noch auf die Erlaubnis zur Rückkehr.

Die Zahl der politischen Gefangenen im besetzten Gebiet wird auch jetzt noch auf etwa 1200 geschätzt. Die Höhe der insgesamt verhängten Freiheits- und Geldstrafen ist kaum zu ermitteln. Nur die Freiheitsstrafen gegen Beamte sind gezählt. Hierbei wurde festgestellt, daß die Franzosen und Belgier seit dem Ruhrkampf gegen Beamte rund 1100 Jahre Freiheitsstrafen und Geldstrafen in Höhe von vielen Hunderttausenden von Goldmark verhängt haben.

Zeigner unter Landesverratsanklage.

Möbius belastet wieder.

Auf Anordnung des Oberreichsanwalts Dr. Ebermayer ist gegen Dr. Zeigner ein Verfahren wegen Landesverrat eröffnet worden. Der Beschluß gründet sich auf die von Dr. Zeigner am 7. August im Berliner Volkshaus und am 18. Oktober im sächsischen Landtag gehaltenen Reden, in denen behauptet wurde, daß zwischen der Reichswehr und gewissen rechtsradikalen Geheimorganisationen enge Beziehungen bestünden.

Der im Zeignerprozeß mitverurteilte Möbius hat sich dem Untersuchungsrichter vorführen lassen und zu Protokoll gegeben, daß seine in der öffentlichen Gerichtsverhandlung gemachten Aussagen unwahr seien; er hat die Aussagen als nicht den Tatsachen entsprechend zurückgenommen. Gleichzeitig hat er erklärt, daß die von ihm zuerst vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen der Wahrheit entsprächen. Da die in der öffentlichen Gerichtsverhandlung gemachten Aussagen des Möbius den früheren Ministerpräsidenten Zeigner entlasteten, stellt die Rücknahme dieser Aussagen eine neue schwere Belastung für Zeigner dar.

Französisch-tschechischer Angriffsplan.

Die genaue Organisation.

In Ergänzung der kürzlichen Enthüllungen über die französisch-tschechische Militärkonvention werden jetzt von schwedischer Seite die Angriffspläne gegen Deutschland im einzelnen bekannt, die bei der Militärkonvention im Jahre 1921 zwischen Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei festgesetzt wurden:

Die vereinigten polnischen und tschechoslowakischen

Armeen zusammen heißen die „Ostarmee". Diese Ostarmee von 1 830 000 Mann sollte im Kriegsfalle den Hauptstreich führen. Ihr Südflügel nimmt Oberschlesien und kann gleichzeitig besondere Unternehmungen gegen Rußland durchführen. Ostpreußen soll besetzt und über die Linie Allenstein—Königsberg hinaus die Verbindung mit Deutschland abgeschnitten werden. An der tschechoslowakischen Grenze soll die sogenannte Verteidigung passiv geführt werden. Der Oberbefehlshaber muß jedoch bereit sein für eine Offensive gegen Bayern im Zusammenhang mit einem Vorstoß der Westarmee (der französischen Armee) gegen Frankreich und die Mainlinie. Das Kriegsziel ist dabei eine Vereinigung zwischen den verbündeten Armeen Frankreichs und der Tschechoslowakei.

In einer beigefügten Nachschrift ist die Ostarmee in zehn Armeegruppen (20 aktive polnische und ebensoviel Reservearmeekorps) eingeteilt. Die tschechoslowakische Armee tritt in Stärke von 6½ aktiven Armeekorps und ebensoviel Reservearmeekorps auf. Die Armeen beider Länder stehen unter französischer Oberleitung. Frankreich bewilligt im Kriegsfall unbegrenzte Rüstungskredite.

Die Rhein- und Ruhrgefangenen.

Druckmittel gegen Deutschland.

Reichskanzler Marx gewährte dem Berliner Vertreter der amerikanischen „Associated Preß" eine Unterredung über die Frage der politischen Gefangenen in den besetzten Gebieten. Der Reichskanzler äußerte sich dabei u. a.:

„Unsere bestimmte Erwartung, daß die erste und selbstverständliche Folge der Einstellung des Ruhrkampfes die Freilassung der politischen Gefangenen sein würde, ist bisher leider nicht erfüllt worden. Alle Bemühungen der deutschen Regierung, eine allgemeine Amnestie für diese Gefangenen herbeizuführen, sind bisher an der ablehnenden Haltung Frankreichs gescheitert. Noch jetzt befinden sich etwa 1500 Deutsche in Gefangenschaft. Zu diesen kommen noch 40 Gefangene hinzu, die nach Frankreich und 6 Gefangene, die nach Belgien deportiert worden sind.

Es gewinnt fast den Anschein, als ob sich die französische Regierung zur Freigabe der Gefangenen erst nach der Lösung der Reparationsfrage entschließen will. Es widerstrebt mir einstweilen noch, daran zu glauben, daß die französische Regierung wirklich die Absicht haben sollte, die verzweifelte Lage der Gefangenen auszunutzen, um einen Druck auf die deutsche Regierung in der Reparationsfrage auszuüben.

Minister Hamm für Sparen.

Deutschlands Wirtschaftslage.

Reichswirtschaftsminister Hamm sprach sich gegenüber den Vertretern einiger Zeitungen über den Wiederaufbau unserer Wirtschaft aus. Er sagte dabei, nachdem er die unmöglichen Forderungen Frankreichs und den Druck geschildert hatte, unter dem unsere Wirtschaft sich nicht erholen könne, u. a.:

Da und dort glaubt man in- und außerhalb Deutschlands, daß die deutsche Wirtschaft wieder einmal einen Gefahrenpunkt überschritten und eine Aufwärtsbewegung eingeschlagen habe. Ich sehe die Lage sehr viel ernster an. Wir erleben zwar gegenwärtig einen gewissen Aufschwung der Geschäftslage in manchen Industrien. Wir haben im Inland gesteigerte Nachfrage nach Textilien und Schuhwaren; das erklärt sich einmal aus dem Notbedarf von Millionen Haushaltungen, die das Allernotwendigste verloren haben, zum anderen aus einer verständlichen Kauflust breiter Schichten, die auch über den Notbedarf hinaus nun wieder an Ware und Besitz sich freuen wollen. Beides kann nicht lange nachhalten, und es ist zu wünschen, daß die über die Kaufkraft hinausgehende Kauflust alsbald wieder der auch für die Produktion notwendigen Sparlust Platz macht.

Minister Hamm forderte schließlich, daß Deutschland die Einheitlichkeit seines Wirtschaftsgebietes wieder ohne Vorbehalt und Durchbrechung gewährt wird und weiter, daß Deutschland der Weg in den Welthandel nicht gesperrt, sondern erleichtert wird. Werden diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so bleibt auch bestes deutsches Bemühen, durch Arbeit dem deutschen Staate und dem deutschen Volke den Weg zur Wiedergewinnung seiner Freiheit zu bahnen, ergebnislos.

Vertretertag der Vaterländ. Verbände.

Berlin, 6. April.

Auf der gestrigen Vertreterversammlung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands sprach General Graf von der Goltz über die Notwendigkeit, einen Kampf der nationalen Parteien unter sich zu vermeiden. Auf das Vorgehen der Verbände in dieser Richtung hin habe, so äußerte er sich, allein die Deutschnationale Volkspartei in zustimmendem Sinne geantwortet. Die Deutschvölkische Freiheitspartei hingegen habe den Vorschlag abgelehnt. Der großdeutsche Gedanke sei im Augenblick nicht durchzuführen. Der Vorsitzende der Vaterländischen Verbände, Geißler, sagte, die Verbände seien stets für ein Direktorium gewesen. Aber dieses dürfe sich nicht auf die Sozialdemokratie stützen. Mit der Goldnotenbank und den Krediten an das Reich, die nicht auf dem Wege über die Wirtschaft besorgt würden, wolle der Feind nur unseren Staat kontrollieren und unsere Wirtschaft erdrosseln. Alle Wirtschaftskreise und die Landwirtschaft müßten gegen solche Pläne mobil gemacht werden.

Parteitag der Demokraten.

Weimar, 6. April.

Reichsminister a. D. Koch eröffnete den offiziellen Parteitag gestern nachmittag mit einer Begrüßung und einer Rede über das Programm der Deutschdemokratischen Partei. Er forderte Wirklichkeitssinn. Nach einem verlorenen Kriege bleibt einem Volke nichts übrig, als entweder einen neuen Krieg zu führen, oder den Friedensvertrag zu erfüllen. Putschpläne jeder Art führen uns tiefer ins Elend. Eine neue Inflation muß vermieden, das Wirtschaftsleben aufgebaut werden. Der Staat darf nicht der Wirtschaft untertan werden. Nur eine Regierung der Mitte ist möglich.

Reichstagsabg. Dr. Hermann Fischer sprach über Staat und Wirtschaft. Das Reich könne nur gerettet werden durch die demokratischen Ideeen und die Aufrechterhaltung der Weimarer Verfassung. Wir treten in dieser ernsten Zeit der Not und Arbeit unter der Voraussetzung an den einzelnen Wähler heran, daß er sich seiner staatsbürgerlichen Verantwortung und seiner nationalen Pflicht voll und ganz bewußt ist. Wir zeigen in aller nüchternen Klarheit den steinigen und dornigen Weg deutscher Befreiungsarbeit. Die Dinge lassen sich nicht lösen, Freiheit und Wohlstand sich nicht wieder erwerben mit nationalistischen Phrasen oder mit der Herrenwillkür einer vergangenen zerbrochenen früheren Zeit. Diese Dinge lassen sich nur lösen in der Gemeinschaftsarbeit eines einheitlichen deutschen Volksstaates.

Vom Wahlkampf.

Aus allen Parteien.

† Stimmrecht der Verdrängten. Der Reichsminister des Innern hat verfügt, daß Stimmberechtigte, die aus den besetzten und den Einbruchsgebieten des Westens ausgewiesen oder durch sonstige Maßnahmen der Besatzungsbehörden verdrängt sind, auf ihren Antrag in die Stimmliste oder Stimmkartei ihres gegenwärtigen Aufenthaltsortes einzutragen sind.

† Die Deutsche Volkspartei benennt in Westfalen-Süd, da die Herren Dr. Vögler und Quaatz endgültig auf ihre Kandidatur verzichtet haben, an erster Stelle der Kandidatenliste Bergmann Winnefeld. Es folgen u. a. Fabrikant Hermann Klingspor-Siegen, Landtagsabgeordnete v. Kulesza-Berlin, Fabrikant Funcke-Hagen, Schulrat Dr. Schepp-Berlin.

† Der Wahlaufruf des Völkischen Blocks in Bayern betont, daß die völkische Freiheitsbewegung mit Hitler und Ludendorff an der Spitze mit keiner Partei eine Koalition eingehe. Der Block gehe ins Parlament, um die November-Republik nicht aufzubauen, sondern abzubauen. Der Aufruf tritt für Wehrhaftmachung des deutschen Volkes, Einsetzung eines Gerichtshofes zur Wahrung der deutschen Ehre und des Christentums beider Konfessionen vor Beschimpfung, Schutz aller schaffenden Stände in Stadt und Land, Sicherung des ehrlich erworbenen Eigentums, Verstaatlichung der Privatbanken, Zuchthaus, Todesstrafe und Vermögenseinziehung für Wucherer und Schieber und Ausschließung der Juden von allen Staatsbürgerrechten ein.

† Bombenwurf in eine deutsch-völkische Wahlversammlung. Zwischen Teilnehmern an einer deutsch-völkischen Versammlung und ebenfalls erschienenen Kommunisten in Frankfurt a. M. kam es zu einer Schlägerei. Plötzlich wurde von kommunistischer Seite nach den Völkischen eine Bombe geworfen, die in den Reihen der letzteren explodierte und etwa 8 Personen verletzte. Die Polizeiwache mußte eingreifen und die Verletzten größtenteils dem Krankenhause zuführen. Erst einem Aufgebot von Schutzpolizei gelang es, die Streitenden zu trennen und die Ruhe wieder herzustellen.

† Die Sozialdemokraten im Wahlkreise Chemnitz-Zwickau-Plauen haben in ihrer Kandidatenliste an die Spitze Heinrich Ströbel gestellt. Es folgen u. a. Dr. Paul Levi, Daniel Stücklen, Hermann Molkenbuhr.

Lokales und Provinzielles.

Schalksmühle, den 8. April 1924.

□ **Postanweisungen nach Schweden und England.** Von jetzt ab werden zu den früheren Bedingungen Postanweisungen (Meistbetrag 800 Kronen) nach Schweden sowie Gebührenzettel zu Wertkästchen und Paketen nach Schweden wieder zugelassen. Auch sind die Nachnahmen auf Postpaketen und Postfrachtstücken nach Schweden wieder in Mark anzugeben. Der Meistbetrag ist 800 Billionen Papiermark. Ebenso sind jetzt gewöhnliche oder telegraphische Postanweisungen nach Großbritannien und Freistaat Irland sowie gewöhnliche Postanweisungen nach den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten in fremden Ländern unter den früheren Bedingungen wieder zugelassen. Die Gebühren für gewöhnliche Postanweisungen nach den bezeichneten Ländern betragen für Einzahlungen bis 30 Billionen Mark: 30 Rentenpfennig; für Einzahlungen über 30 bis 60 Billionen Mark: 60 Rentenpfennig; für jede weiteren 60 Billionen Mark: 60 Rentenpfennig.

☞ **Der heutigen Ausgabe liegt die illustrierte Beilage „Zeitgeschehen im Wochenbild" bei, worauf wir noch besonders hinweisen.**

—* **Die Handwerkskammer zu Arnsberg** schreibt uns: „Eine linksrheinische Stadtverwaltung hat sich zu Maßnahmen entschlossen, die für die Belebung der privaten Bautätigkeit von großer Bedeutung zu sein scheinen. Zunächst will die Stadt den Baulustigen vorhandenes Baugelände ohne Barzahlung gegen hypothekarische Eintragung abgeben. Sie will weiter auch die Frage der Kreditbeschaffung praktisch zu lösen versuchen, indem sie bei der Stadtkasse einen Hypothekensammelfonds eröffnet. Die Stadt will das in diesem Fonds gesammelte Gold mit 6% verzinsen und später wertbeständig zurückzahlen. Die Geber sollen das Geld für die Dauer von 10 Jahren bereitstellen, jedoch mit der Rückzahlung vor Ablauf dieser Zeit einverstanden sein, wenn die Stadt die Rückzahlung vorher vornehmen will. Das Beispiel scheint erwägenswert.

—* **Ein Kinderheim für den kaufmännischen und technischen Mittelstand.** Die Ferienheime für Handel und Industrie (Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime) eröffnen in Kürze ihr im vorigen Jahre erworbenes Kinderheim „Harz-Eck" bei Schwelm in Westfalen, nachdem die Renovierung des Hauses vollständig durchgeführt ist. Das Heim liegt in einem eigenen 2 Hektar großen Park, von Wäldern und Wiesen umgeben. Die Beköstigung wird, für erholungsbedürftige Kinder besonders ausgewählt, milchreich, kräftig und mit größter Sorgfalt zubereitet sein. Eine eigene Hühnerzucht wird für die erforderlichen Eier, eine nahe gelegener Bauernhof täglich für frische Milch sorgen. Die Leitung des Heimes ist einer erfahrenen Oberin unterstellt, die Beaufsichtigung der Kinder erfolgt durch Kindergärtnerinnen. Das Heim bietet demnach alle Vorbedingungen für die Erholung und Kräftigung von Stadtkindern. Um jeden Angestellten zu ermöglichen, seine Kinder in das Heim zu entsenden, ist der Verpflegungssatz auf nur Mk. 2.50 festgesetzt worden. Aufnahme finden 8—16jährige Kinder von Mitgliedern der Gesellschaft oder von Angestellten der ihr angeschlossenen Firmen. Anmeldepapiere versendet auf Wunsch die Hauptgeschäftsstelle der Gesellschaft in Wiesbaden, Wilhelmstraße 1.

+ **Schalksmühle, 7. April.** Der M.-G.-V. Schalksmühle, Mitglied des Westfälischen und deutschen Sängerbundes e. V. beschloß in diesem Jahre von einem Wettstreitbesuch abzusehen, dafür aber wieder ein größeres Stiftungsfest in der Turnhalle zu feiern. Als Festtag wurde der 28. Juni oder der 5. Juli bestimmt. Die Ausarbeitung des Festes übertrug man dem Vorstand und wird hierüber wohl noch näher berichtet werden.

„Tote, die leben"

Roman von A. Hottner-Grefe.

67) **Nachdruck verboten.**

Da — ja — da kam etwas heran. Gespenstisch, fast lautlos glitt der kleine, dunkle Wagen die Straße entlang, ihnen entgegen. Er hatte, allen Vorschriften entgegen, kein Licht. Ein Auto war's, Josef Braunhuber sah das jetzt genau. Und zwei Leute saßen drinnen. Scheinbar ein Mann und eine Frau. Seltsamerweise saß die letztere am Lenkersitz.

Oder war das doch keine Frau? Der weite, dunkle Mantel umhüllte die ganze Gestalt; die Kapuze war tief hereingezogen in die Stirn. Aber drunter quoll doch dichtes, gekräuseltes Haar hervor.

Die Pferde rissen am Zügel und stiegen entsetzt in die Höhe. Ganz dicht an dem Wagen sauste das kleine Auto vorüber. Jetzt kam es an die Biegung der Straße, dort, wo der mächtige Grenzstein stand. Herrgott!

Josef Braunhuber hatte sich herumgeworfen und warf die Zügel dem jungen Mädchen zu. Die griff mit ihren festen, kleinen Händen darnach und hielt sie wie in eisernen Klammern.

Die Pferde standen schnaubend, zitternd still. Der Wagen hielt mit einem jähen Ruck. Herr Wilhelm Hermer fuhr aus seinem tiefen Schlummer hervor.

Im selben Augenblick hörte man da vorn, vom Grenzstein her, einen Anprall; das Auto sauste noch eine ganz kurze Strecke weiter und stand dann plötzlich. Auf der Straße aber lag ein dunkler Körper lang hingestreckt. „Wendell" schrie Herr Hermer, „da ist ein Unglück geschehen. Rasch! Laufen Sie hin, Josef!"

Der war schon am Boden und rannte zurück.

Grete wandte geschickt das Gefährt und eine Minute später hielt der Wagen an der Stelle, wo Josef Braunhuber schon neben einem lang hingestreckten Körper am Boden kniete.

Zur Seite, dicht neben dem kleinen Auto, welches keinerlei besonderen Schaden davongetragen zu haben schien, stand im tiefsten Dunkel eine männliche Gestalt. Der breite Schlapphut saß tief in der Stirn, ein wilder Vollbart umwucherte die untere Partie des Gesichtes. Man sah kaum etwas von diesem selbst und ebenso wenig von der Figur des Mannes. Er war scheinbar ebenso wie die Frau beim Anprall des kleinen Gefährtes an den Grenzstein aus dem Wagen geworfen worden, hatte sich jedoch sogleich aufgerichtet und war wohl jetzt nur noch durch den jähen Schreck wie erstarrt."

„Nun?" rief Herr Hermer und sprang aus seinem Wagen. „Was ist los, Josef?"

Der Alte hob das braune Gesicht. Scharf fiel das Licht der Wagenlaterne auf seine stark ausgeprägten Züge.

„Die Frau kommt auch schon wieder zu sich", sagte er, sich von den Knien erhebend. „Wird sich wohl nicht allzuviel getan haben. Da, sie rührt sich schon. Heda!" Er wandte sich an den reglos dastehenden zweiten Insassen des Autos. „Packen Sie einmal an, Herr! Wie? Ich allein kann die Frau nicht hoch bringen. Sie hilft selbst zu wenig mit. Der Schreck liegt ihr wohl auch noch in den Gliedern! Ja, ja, das kommt davon, wenn man so verrückt fährt und ohne Licht! Anzeigen sollt' man so was! Und fest gestraft sollten S' werden Herr!"

Grete Hermer war auch ausgestiegen. Energisch schob sie Josef beiseite.

„Mach jetzt keine Predigt!" sagte sie, in das altvertraute „Du" der Kindertage dem alten Getreuen gegenüber zurückfallend; „laß mich der Frau helfen! Du siehst es ja, der Mann zittert selbst noch am ganzen Leib! Kommen Sie! Können Sie auf den Füßen steh'n? Ja? Nun also, da ist hoffentlich nichts gebrochen. Hier, riechen Sie einmal!"

Grete riß ein Fläschchen aus ihrer silbernen kleinen Tasche.

„Das ist echtes kölnisches Wasser! Aber ziehen Sie doch die Kapuze aus dem Gesicht! Sie können ja gar keinen Atem bekommen! Nein? Sie wollen nicht?"

Das junge Mädchen sah befremdet die große dunkle Gestalt in dem faltigen, schwarzen Mantel an. Und plötzlich, wie sie so auf diese beiden stummen Fremden blickte, welche ihnen hier in der tiefen Einsamkeit der Nacht wortlos gegenüberstanden, kam über Grete Hermer jählings das Empfinden einer großen Angst. Sie trat rasch zurück und dicht an ihres Vaters Seite. Die fremde Frau aber schien ganz plötzlich wieder ihre Kräfte beisammen zu haben. Wie aus einer Erstarrung erwachend, machte sie schnell einen großen Schritt auf das Auto zu und schwang sich auf den Lenkersitz.

Auch der Mann hatte bereits den einen Fuß auf dem Trittbrett.

Sie hatten beide noch kein einziges Wort gesprochen. Und wahrscheinlich hatten sie die Absicht, nun ebenso rasch zu verschwinden, wie sie aufgetaucht waren.

Aber da legte sich die Hand Wilhelm Hermers auf den Arm des Unbekannten.

„Darf ich um Ihre Ausweise ersuchen?" fragte er mit einer lauten Stimme, der man es anhörte, daß sie das Befehlen wohl verstand. „Sie sind hier auf meinem eigenen Grund und Boden. Sie fahren ohne Licht und hätten um ein Haar ein großes Unglück angerichtet. Es liegt mir ferne, Sie anzuzeigen. Aber ich muß um Ihre Legitimationen bitten, aus einem ganz besonderen Grund. Im Falle der Verweigerung müßte ich die Sache zur Kenntnis des Gendarmen bringen, welcher übrigens ohnehin im Verlauf dieser Viertelstunde hier vorbeikommen muß."

Wieder ohne eine Silbe der Erwiderung griff der Fremde in die Tasche und holte eine abgegriffene kleine Mappe hervor, welcher er zwei vergilbte Dokumente entnahm. Beim Schein der Wagenlaterne las Wilhelm Hermer halblaut: „Romualdo Sennorris aus Rio de Janeiro, Brasilien — und Frau Ottilie Sennorris, geb. Mauritius aus Java."

Grete Hermer hatte dem Vater über die Schulter geblickt. Jetzt hörte ihr feines Ohr ein plötzlich aufklingendes Geräusch, unsichere Fußtritte kamen von dem schmalen Pfad her, der durch hochstehendes Riedgras gegen das Häuschen der alten Katrin zu führte.

Die dunklen Wolken am Himmel jagten dahin, als sause da droben das ganze wilde Heer wieder einmal über die Menschenerde. Jetzt zerrissen sie für einen Augenblick. Eben streckte Hermer die Hand mit den Papieren aus gegen den stummen Fremden.

Da schrie Grete auf. Es klang wie in einem furchtbaren Entsetzen. Und als Hermer und der alte Josef sich nach ihr umdrehten, sahen auch diese beiden sofort die Ursache von Gretes Schreck.

Aus dem dichten, wallenden, weißen Nebel hob sich, im unsicheren Licht des Mondes anzusehen wie eine Spukgestalt einer uralten Sage, ein menschliches Wesen. Langes, weißes Haar hing in nassen Strähnen um ein aschfarbenes Antlitz, aus dem die schwarzen Augen seltsam funkelten. Das elende Gewand hing in nassen Fetzen um den mageren Leib. Die Gestalt taumelte mehr als sie ging.

(Fortsetzung folgt.)

Reichs-Landbundes protestiert in einer Entschließung gegen die Absicht der Reichsbahnverwaltung, ständig die Tarife für Gefrierfleisch herabzusetzen. Es müsse im Gegenteil im Interesse unserer schwer kämpfenden Landwirtschaft verlangt werden, daß jede weitere Erleichterung der Gefrierfleischeinfuhr, insbesondere von amtlicher Seite, unter allen Umständen unterbleibt.

Die Militärkontrolle.

Paris, 6. April. Die Botschafterkonferenz hielt gestern eine Sitzung ab, die sich mit der deutschen Note über die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland beschäftigte. Nach einem lebhaften Meinungsaustausch wurde beschlossen, die Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen auf dieses Dokument zu lenken, ohne daß die Konferenz selbst weitere Beschlüsse faßte.

Der Vorstoß gegen Elberfeld.

Paris, 6. April. Eine offizielle Note dementiert die Nachricht des Wolff-Bureaus, nach der die französischen Truppen nördlich von Elberfeld vorgerückt seien. Es sei keinerlei derartige Operation vorgenommen worden. — In Paris ist man schlecht unterrichtet. Tatsächlich sind die Truppen vorgerückt und die lokalen Militärbehörden begründen es öffentlich mit angeblichen Zollverfehlungen.

Neue Verhaftungen im besetzten Gebiet.

Paris, 6. April. Neue Verhaftungen werden aus Bochum, Essen und Gelsenkirchen gemeldet. Die in Essen Verhafteten sollen Mitglieder der sog. „Schlageter-Kompagnie" sein.

Keine Anleihe aus beschlagnahmtem Vermögen.

Washington, 6. April. Der Grundsatz des vom Senator Bick vor einigen Tagen im Senat eingebrachten Gesetzentwurfs, wonach Deutschland und Österreich aus den beschlagnahmten Vermögen der ehemals feindlichen Ausländer eine Anleihe zum Ankauf amerikanischer Lebensmittel erhalten sollten, findet nicht die Zustimmung des Weißen Hauses. Man ist vielmehr der Ansicht, das beschlagnahmte feindliche Eigentum sollte zur Befriedigung der amerikanischen Ansprüche verwandt oder an die früheren Eigentümer wieder zurückgegeben werden.

Pazifistensitzung im englischen Unterhause.

London, 3. April. Im Unterhause traten heute vormittag die pazifistischen Mitglieder des Parlaments zu einer Besprechung über die Militärgesetzgebung der Regierung zusammen.

Freispruch von Faszisten in Bukarest.

Bukarest, 3. April. Das hiesige Schwurgericht hat ein sensationelles Urteil gefällt. Angeklagt waren acht rumänische Studenten, die versuchten, eine faszistische Umstellung herbeizuführen, der den Zweck haben sollte, hervorragende jüdische Finanzleute und Journalisten sowie mehrere aktive Minister zu beseitigen. Bei der Verhandlung gestanden die Angeklagten, mehrere Morde geplant zu haben. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten frei.

Eine anti-englische Rede Sinowiews.

Riga, 3. April. In einer Rede, die er vor dem Kongreß der russischen Ingenieure in Petersburg hielt, erklärte Sinowiew, die Sowjetregierung beabsichtige nicht, die russischen Schulden an England zu zahlen, da ihr durch die englische Invasion ein Schaden von 12 Millionen Goldrubel entstanden sei.

Spiel, Sport, Turnen.

Sp. Ein neuer Sieg Samson Körners. Der deutsche Schwergewichtsmeister Samson-Körner, der kürzlich Breitensträter besiegte, hat im Berliner Sportpalast den englischen Schwergewichtsmeister Goddard besiegt. Das Schiedsgericht erklärte nach der vierten Runde den deutschen Meister als Sieger nach Punkten. Der Engländer war an Reichweite, Größe und Gewicht Samson-Körner weit überlegen. Der Weltergewichtsmeister Grimm wurde in seinem Kampf gegen Funke disqualifiziert, so daß Funke nunmehr deutscher Weltergewichtsmeister ist.

Sp. Das Schachturnier. Auf dem internationalen Schachturnier in Newyork war Freitag Ruhetag. Dr. Lasker steht noch immer an erster Stelle und dürfte auch die beiden unbeendeten Partien gegen Janowski und Bogoljubow gewinnen.

Humor vom Tage.

Vierte Dimension. In einer Hamburger Schule will der Lehrer seinen Jungens klarmachen, was ein Geist ist. „Ein Geist," sagt er, „ist ein Wesen, das weder Fleisch noch Knochen hat." — „Herr Lehrer," fragt der kleine Witt, „is min Pannekoken ook een Geist?"

Sportliches. Mausi säubert den Sonntagsanzug ihres Mannes und findet in der Westentasche einen Zettel, auf dem die Worte „Irene Bumke" geschrieben stehen. „Wer ist denn das, Männe?" fragt Mausi. — „Ach, das ist das Pferd, auf das ich gestern gesetzt habe," sagt Männe und geht rasch ins Bureau. Zum Mittagessen kommt er vorsichtig nach Hause und fragt: „War was los, Mausi?" — „Nichts, Liebling! . . . Ach, richtig: dein Pferd hat angerufen!"

Polizeiliches Leumundszeugnis. „Einer hochwohlgeborenen Staatsanwaltschaft auf ergebene Anfrage zur Kenntnis, daß der mehrfach benannte Albert Leisetreter Schuhmacher ist und neust der dritten Frau sieben Kinder hat. Sonst hat er sich hierorts noch kein Verbrechen zuschulden kommen lassen."

An der Börse. „Kennen Sie den Unterschied zwischen Radio, Kino und Dividende?" — „Na, und . . .?" — „Beim Radio hört man, aber man sieht nichts, im Kino sieht man, aber man hört nichts, von der Dividende hört man nichts und sieht man nichts!"

Kleines Mißverständnis. „Sie" und „Er" sitzen am Frühstückstisch und lesen die Morgenzeitung. „Du, Kaspar," sagt „Sie", von der Lektüre aufblickend, „was ist denn das eigentlich, ein Reformist!?" — „Ach, das wird wohl wieder so eine Art neuer Kunstdünger sein!"

Literaturergänzung. „Nennen Sie mir zwei der fruchtbarsten zeitgenössischen Schriftsteller." — „Einer für viele" und „ein langjähriger Abonnent!"

Kasernenineinspektion. „Sind Sie mit dem Essen zufrieden?" — „Zu Befehl, Herr Hauptmann!" — „Kriegt nicht manchmal einer eine kleine und ein anderer eine große Portion?" — „Nein, Herr Hauptmann, wir kriegen alle kleine Portionen."

Börse und Handel.

Stille im Börsengeschäft.

* Berlin, 5. April.

Bei der während der verflossenen Woche an der Börse vorherrschend gewesenen Geschäftsstille ist es nicht verwunderlich, daß auch am heutigen börsenfreien Tage im freien Effektenverkehr derselbe Zustand herrschte. Die wenigen genannten Kurse waren gegen gestern kaum verändert. Bei der Devisenfestsetzung war der Bedarf per Saldo etwas geringer, so daß Notierungen und Zuteilungen mit wenig unbedeutenden Ausnahmen kaum Veränderungen [illegible]

In Billionen M. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr.

Börsenplätze	5. 4. gesucht	5. 4. angeb.	4. 4. gesucht	4. 4. angeb.
100 Holland	156,11	156,89	155,61	156,39
100 Dänemark	69,43	69,77	69,43	69,77
100 Schweden	110,72	111,28	110,22	111,48
100 Norwegen	57,35	57,64	57,06	57,34
100 Finnland	10,57	10,63	10,57	10,63
1 Amerika	4,19	4,21	4,19	4,21
1 England	18,105	18,195	18,055	18,145
100 Schweiz	73,22	73,53	73,32	73,68
100 Frankreich	24,19	24,31	24,19	24,31
100 Belgien	20,25	20,35	20,25	20,35
100 Italien	18,45	18,55	18,45	18,55
100 Tschechien	12,71	12,79	12,71	12,79
100T Österreich	6,08	6,12	6,08	6,12
100T Ungarn	5,98	6,02	5,98	6,02

* **Amtlicher Schlachtviehmarkt.** Berlin, den 5. April. Auftrieb: Rinder 2641 (darunter 806 Bullen, 719 Ochsen), Kühe und Färsen 1219, Kälber 2585, Schafe 4275, Schweine 8747, Ziegen 18, Schweine aus dem Ausland 776. Preise: Ochsen 43—47, Bullen 39—41, Färsen und Kühe 38—45, Fresser 30—35, Kälber 80—90, Stallmastschafe 50—55, Schweine 62—64, Sauen 55—60, Ziegen 25—30. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig.

* **Berliner Produktenbörse vom 5. April.** (Die amtlichen Notierungen fielen aus.) Nichtamtliche Notierungen für Getreide und Ölsaaten für je 1000 Kilogramm, sonst 100 Kilogramm (in Goldmark): Weizen 168—174, Roggen 134—140, Gerste 170—190, Hafer 124—131, Weizenmehl 25—27, Roggenmehl 21—23,25, Raps 312, Viktoriaerbsen 27—28, kleine Speiseerbsen 16—17, Futtererbsen 13,50—14, Ackerbohnen 16—18, Wicken 13—14,50, Rapskuchen 11,50, Trockenschnitzel 9,50, Kartoffelflocken 19,75—20.

* Einfuhr von Rahm verboten. Die Schwierigkeiten, die die im Januar 1924 erfolgte Freigabe der Einfuhr von Rahm für die Durchführung des Schlagsahnherstellungsverbots mit sich gebracht hat, haben den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft veranlaßt, die Einfuhr von Rahm, frisch und in luftdicht verschlossenen Behältern, vom 1. April 1924 ab erneut zu sperren.

Schriftleitung: Wilh. Bell Halver.

Bekanntmachung.

Kleinabnehmer-Strompreise

Mit Wirkung vom 1. April d Js sind **neue ermäßigte Tarife für Kleinabnehmer** eingeführt worden

Die neuen Strompreise betragen bis auf weiteres:

a) Für den **allgemeinen Verbrauch, ohne Verpflichtung oder Beschränkung,** bei einer monatlichen Abnahme

bis zu 25	KW.-Std	für jede	KW.-Std	44	Goldpfg.
über 25	"	"	"	41	"
" 50	"	"	"	38	"
" 75	"	"	"	35	"
" 100	"	"	"	32	"
" 150	"	"	"	30	"
" 200	"	"	"	29	"
" 250	"	"	"	28	"
" 300	"	"	"	26	"

b) Für Abnehmer mit **überwiegendem Kraftstromverbrauch,** insbesondere alle handwerksmäßigen, landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betriebe, **welche schriftlich die Verpflichtung übernehmen, monatlich mindestens 50 KW.-Std. zu bezahlen und außerdem die Motoren nicht von beginnender Abenddämmerung ab bis 9 Uhr abends laufen zu lassen,** bei einer monatlichen Abnahme

über 50	KW.-Std	für jede	KW.-Std	32	Goldpfg.
" 75	"	"	"	30	"
" 100	"	"	"	27	"
" 150	"	"	"	26	"
" 200	"	"	"	25	"
" 250	"	"	"	24	"
" 300	"	"	"	22	"
" 400	"	"	"	21	"
" 500	"	"	"	20	"

In keiner der Preisabstufungen nach a) und b) wird weniger berechnet als sich unter Zugrundelegung der vorhergehenden Stufen ergeben würde.

Bei Verpflichtung zu einem monatlichen **Mindestverbrauch** über 500 KW.-Std kann die Berechnung nach dem Niederspannungs-Sondertarif für Großabnehmer auf Grund eines **Vertrages** vereinbart werden

Infolge dieser Neuregelung verlieren die bisherigen Verpflichtungsscheine ihre Gültigkeit.

Alle Abnehmer mit überwiegendem Kraftstromverbrauch, welche die Verpflichtung gemäß b) zu übernehmen bereit sind, wollen uns bis zum 30 April d Js eine entsprechende schriftliche Verpflichtungserklärung zugehen lassen, andernfalls erfolgt die Berechnung zu den Preisen gemäß a)

Hagen i. W., den 5 April 1924.

Kommunales Elektrizitätswerk Mark,
Aktien-Gesellschaft.

Selekta Kierspe.

Aufnahme-Prüfung

am **Montag, den 28. 4. 1924,** morgens 9 Uhr, in der Schule zu Kierspe

Anmeldungen nimmt bis dahin entgegen Herr Hauptlehrer **Müller.**

Kirchensteuer.

Die evgl Kirchengemeinde zu **Schalksmühle** erhebt für das Kirchensteuerjahr 1924/1925 eine Umlage von 10 v H zu den gemäß II Steuernotverordnung im Laufe des Steuerjahres 1924 auf die Reichseinkommensteuer zu leistenden Vorauszahlungen sowie zu den für Lohnsteuerpflichtige festgesetzten Pauschbeträgen

Die Kirchensteuer ist gleichzeitig mit der Vorauszahlung auf die Einkommensteuer von Deklaranten aus der Gemeinde Schalksmühle Amt Halver bei der Gemeindekasse Halver, aus der Gemeinde Hülscheid Amt Lüdenscheid bei der Finanzkasse in Lüdenscheid, erstmalig am 10 April 1924 einzuzahlen. Bei der Zahlung am 10 4 werden für die zu monatlichen Vorauszahlungen Verpflichteten die gesamten für den Zeitraum vom 1. 1. bis 31. 3 fälligen Vorauszahlungen der Kirchensteuer unterworfen

Den Lohnsteuerpflichtigen werden besondere Kirchensteuerbescheide zugestellt werden, in denen die Höhe der Kirchensteuerschuld, Zahlungstermine und Hebestelle mitgeteilt werden

Lüdenscheid, den 4 April 1924

Finanzamt Lüdenscheid.
Dr Plew, Regierungsrat

Tanz-Schule.

Am Freitag, den 4. April beginnend, eröffne ich in Schalksmühle im Lokale des Herrn Wilh. Kriegeskorte, am Samstag, den 5. April im Lokale der Geschw. Fasbender in Halver und am Mittwoch, den 9. April im Lokale des Herrn Emil Schulte zu Ennepe, je einen Unterricht für

Moderne Tänze.

Unterricht für Kinder von 5—7 Uhr nachmittags, für Erwachsene von 8—10 Uhr abends — Anzahlung 5 Goldmark.

Hochachtend

Fr. Kattwinkel, Halver.

Damen aller Stände, auch Kassenmitglieder finden freundliche Aufnahme in meiner

Privat-Entbindungsanstalt.

Dr Kröncke in Radevormwald.

Fernsprecher 29.

Allgemeiner Anzeiger
Buchdruckerei
Halver i. W.

Postkarten
schnell
sauber
billig

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

Dixin

Henkel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

billiges Waschen

Die Bewohner von Anschlag u Umgegend, welche Interesse an einer

Niederlage der Hagener Brotfabrik

haben, wollen ihren ungefähren Bedarf bei mir angeben **Erich Lansberg,** Anschlag-Sondern.

Jungen

Arbeiter

für dauernde Beschäftigung stellt noch ein

J. Steinhauer,
Oeckinghausen

Wir suchen für sofort einige

Bankarbeiter

sowie mehrere

Arbeiterinnen

für dauernde Beschäftigung.

Herm. Steller & Söhne,
Halver.

Prima Ostfr.

Milchschaf

mit 2 Lämmer hat abzugeben

A. Kerspe, Halver.

Wir suchen per sofort oder in 14 Tagen für unser Werk 2 (Schmalenbach) jugendliche

Arbeiter und Arbeiterinnen

für die Packstube, Maschinenstube und Vernickelei. Es können auch solche eingestellt werden, die Ostern die Schule verlassen haben. Meldungen haben stattzufinden im Werk Südstraße

Aluminium- u. Metallwerke
Degenhardt & Sippel,
Halver.

Suche einen

Eisenwaren-Packer.

Nur solche Bewerber wollen sich melden, die die Kleineisenwarenbranche gründlich erlernt haben

Ludwig Schröder,
Eisenwaren-Großhandlg.
Schalksmühle i. W.

Freitag früh, den 11 April erhalte ich

Ferkel und **Läuferschweine.**



Hugo Kerspe,
Halver.
Telefon 52.

Schönes, rotbuntes, hochtragendes



Rind,

außerdem jungen

Hofhund

hat abzugeben

Carl Eicher sen.,
Glörfeld b Halver

Wasch-henkelkörbe

wieder vorrätig.

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Allg. Ortskrankenkasse Kierspe.

Ausschußsitzung

am **Samstag, den 12. April 1924,** nachmittags 5 Uhr, im Amtshause zu Kierspe

Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung 1923
2. Satzungsänderung.
3. Verschiedenes.

Kierspe, 4 4 24.

Der Vorsitzende.

Habe vorrätig auf Lager:

schwefels. Ammoniak (21%),
Knochenmehl, naturrein (4½×21),
Ammoniak-Superphosphat (9×9),
Thomasmehl,
Petkuser Saathafer, erste Absaat.

Erwarte ferner in den nächsten Tagen einen Waggon

Kalk, Saatkartoffeln (Industrie und Kaiserkrone)

Albert Herdepe,
Halver

Damen und **Herren** -Konfektion auf **Teilzahlung**

615

Warenhaus
B. Schiffeliers
Hagen
Elberfelderstr. 96
Eingang Möbelgeschäft.